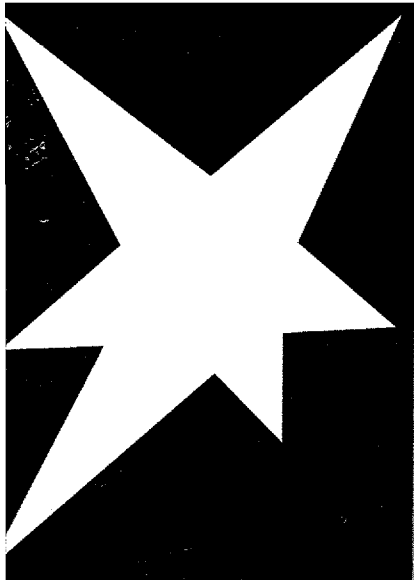




NR. 13 23.3.2006 Deutschland 2,80€
Österreich 3,- € / Schweiz 5,40 sfr



stern



**Weniger Kinder,
weniger Rente**

Wovon sollen wir später leben? Was jeder tun kann

Jagd nach einem
Kindermörder
Spektakulärer Erfolg
mit neuer DNA-Methode

Pharma-
Versuche
Die Tragödie
von London

Die Geschichte
des Kapitalismus
Teil 4: Sieg der Sozialen
Marktwirtschaft

Journal
Grillen
Kochen im Freien
auf 28 Seiten



WAS WIRD AUS ME

Die Deutschen werden immer älter und haben immer weniger Kinder. Die **ALTERSVERSORGUNG** gerät unter Druck. Täglich gibt es neue Horrormeldungen. Der *stern* zeigt, wie dramatisch die Lage tatsächlich ist, wie Deutschland die Rentenkrise doch noch meistern kann und was jeder Einzelne für einen sicheren Ruhestand jetzt tun sollte

Wie ernst ist die Lage?

Von **FRANK DONOVITZ, JOACHIM REUTER** und **LORENZ WOLF-DOETTINCHEM**

Hurra, die Deutschen sterben aus. Zumindest für die Medien scheint das eine gute Nachricht zu sein – sie belebt das Geschäft. Bücher über die untergehende Nation wie „Minimum“ von Frank Schirrmacher stürmen die Bestsellerlisten. Und es vergeht kaum ein Tag, an dem „Bild“ keine Schlagzeile über die „Schrumpf-Rente“ druckt.

Fakten und Prognosen werden munter durcheinander geworfen. In der Lust am Untergang schaffen es sogar Fälschmeldungen in die Nachrichten. So verkündete etwa die Deutsche Presse-Agentur (dpa): „Deutschland hat weltweit niedrigste Geburtenrate“. Tatsächlich ist die Kinderzahl je Frau in Deutschland mit 1,36 nicht gerade hoch, aber in Italien, Spanien oder Tschechien ist sie noch niedriger. Hierzulande ist die Geburtenrate zuletzt sogar leicht gestiegen. Aber das scheint niemanden zu interessieren.

Ist die Krise nur erfunden? Nein, aber die gegenwärtige Rentenklammer hat gar

nichts mit Kindermangel und nur wenig mit der steigenden Lebenserwartung zu tun. Wenn Politiker heute die Demografie für die Finanzprobleme der Sozialkassen verantwortlich machen, wollen sie vielmehr von eigenen Fehlern ablenken.

So wurde beispielsweise die Wiedervereinigung zum großen Teil mit Geldern aus den Sozialversicherungen finanziert. Statt die Ost-Renten aus dem Steuertopf zu zahlen, holte Kanzler Helmut Kohl (CDU) das Geld aus der Rentenkasse. In der Folge stiegen die Beiträge um knapp drei Prozentpunkte – und machten so Arbeit in Deutschland immer teurer. Die Abwärtsspirale aus schwachem Wachstum und steigender Arbeitslosigkeit begann. So fehlen der Rentenkasse heute Millionen Beitragszahler.

Dazu kam der Irrweg der Frühverrentung. Lange Jahre propagierten Politiker, Gewerkschaften und Arbeitgeber gemeinsam den Vorruhestand. Der Personalabbau der großen Konzerne wurde von der Arbeitslosen- und der Rentenver-

sicherung subventioniert. Zeitweise gab's die volle Rente mit 60 ohne jeden Abschlag – zulasten der Rentenkasse. Erst spät wurde umgesteuert. Von den neun Millionen Rentnern unter 65 Jahren sind ein guter Teil in Wahrheit Arbeitslose.

Es ist richtig, dass die Rentner zuletzt Nullrunden hinnehmen mussten und ihre Bezüge in den nächsten Jahren kaum steigen werden. Dies ist die Kehrseite des Umlageverfahrens. Denn das System lebt von der Hand in den Mund: Was die Arbeitnehmer einzahlen, wird sofort wieder an die Ruheständler ausgezahlt.

Trotzdem dürfte es wohl nie wieder eine Rentnergeneration geben, der es so gut geht wie der heutigen. In den 50er und 60er Jahren bedeutete Alter noch häufig Armut. Heute beziehen nur 1,3 Prozent der über 65-Jährigen Sozialhilfe. Künftig könnte sich das wieder ändern, aber die Senioren von heute können diese Entwicklung gelassen beobachten. Ihre Ansprüche sind verfassungsrechtlich geschützt. Selbst für den Fall, dass die Löhne sinken, hat die Große Koalition eine Rentenkürzung ausgeschlossen. Was nur gerecht ist.

NER RENTE?



Vater, Mutter und nur ein Kind: Die Zahl der Geburten ist zu gering, um das Rentensystem in Deutschland unverändert zu erhalten

Weitaus düsterer sind die Aussichten für die geburtenstarken Jahrgänge von 1955 bis 1966. Gleich an drei Fronten haben sie zu kämpfen: Sie müssen die Renten für ihre Eltern erwirtschaften, die ihren Teil des Generationenvertrages erfüllt haben und jetzt auf die staatliche Rente angewiesen sind. Zugleich sollen sie die aufgelaufene Staatsverschuldung abtragen, um die Enkelgeneration nicht zu überlasten. Schließlich müssen sie einen höheren Anteil der eigenen Altersversorgung ansparen, wenn sie ihren Lebensstandard nur halbwegs halten wollen.


DIE BABYBOOMER mögen sich als gekniffene Generation fühlen, aber es trifft sie auch nicht ganz zu Unrecht: Anders als ihre Eltern haben sie nur sehr wenige Kinder bekommen. Während die Politiker die Rentner von heute und die rentennahen Jahrgänge weitgehend schonen, haben sie bei den Ruheständlern von morgen zugehört. Die Reformen der vergangenen Jahre haben die Ansprüche peu à peu um rund ein Drittel gekürzt. So wurde die Anrechnung von früher bis zu 13 Ausbil-

dungsjahren gestrichen. Das entspricht einer Kürzung von 150 bis 250 Euro. Zudem sorgen Korrekturfaktoren dafür, dass die Renten künftig immer etwas langsamer als die Löhne steigen werden. Auch die Anhebung der Altersgrenze wirkt bei unverändertem Eintritt wie eine Rentenkürzung – pro Jahr um 3,6 Prozent. Wenn die „Rente mit 67“ umgesetzt wird, so glauben Ökonomen, sei das System stabilisiert. Der Freiburger Wirtschaftsprofessor Bernd Raffelhüschen sagt: „Die Rente ist heute sicher – auf niedrigem Niveau.“

Berechnet auf das Bruttoeinkommen wird für einen Durchschnittsverdiener mit 45 Beitragsjahren das Rentenniveau von zurzeit 48 Prozent bis zum Jahr 2030 auf unter 40 Prozent sinken. Nach heutigem Wert würde es dann statt 1180 Euro nur noch 980 Euro geben. Damit wird gesetzliche Rente nur noch eine Grundversicherung bieten, die durch private und betriebliche Vorsorge aufgestockt werden muss. Den finanziellen Spielraum dafür dürften zumindest diejenigen haben, die keine Kinder großziehen. Eltern dagegen sind auf Unterstützung angewiesen –

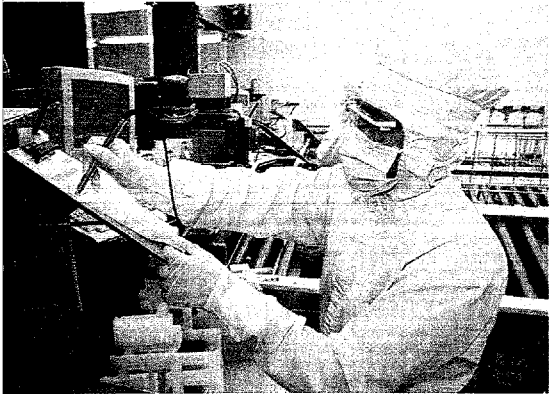
etwa auf Kinderzulagen zur Riester-Rente, die 2008 kräftig erhöht werden sollen.

Was die Rente 2030 oder 2040 wert sein wird, lässt sich schwer abschätzen. Prognosen über so lange Zeiträume sind mit Vorsicht zu genießen – im Jahr 1950 hat niemand das Wirtschaftswunder, den Pillenknick oder die Wiedervereinigung korrekt vorhergesagt. So kennt auch keiner die Geburtenrate der kommenden Jahre. Allerdings steht die Zahl der möglichen Eltern bereits fest. Nach den Hochrechnungen der Bevölkerungsforscher werden in Deutschland im Jahr 2050 noch 70 Millionen Menschen leben – 12 Millionen weniger als heute. Dabei dürfte die Zahl der 20- bis 60-Jährigen um 15 Millionen sinken, die der über 60-Jährigen um 10 Millionen steigen.

Solche Prognosen sagen aber noch nichts darüber aus, wie viele Leute arbeiten werden, wie innovativ die Wirtschaft und wie hoch der Wohlstand sein wird. Die Demografie ist dabei nur ein Faktor, kein Schicksal. Ob die Deutschen veralzheimerern oder ein „Golden Age“ erleben, hängt von ihnen selbst ab. 

Was können wir tun?

MEHR ARBEITEN



Frauen und ältere Arbeitnehmer sind künftig auch in High-Tech-Jobs gefragt

Die Epoche der Arbeitszeitverkürzung ist in Deutschland endgültig vorbei. In einer alternden, schrumpfenden Gesellschaft müssen diejenigen, die können, mehr schaffen. Das klingt bei offiziell fünf Millionen Jobsuchenden verrückt, aber der Arbeitsmarkt wird bereits in wenigen Jahren kippen: Schon bald können sich Schulabgänger ihre Lehrstelle wieder aussuchen.

Die Lebensarbeitszeit wird wieder steigen. Berufseinstieg mit 21, Renteneintritt mit 60, Ruhestand bis 80 – das geht nicht mehr. Das fängt bei der Ausbildungsdauer an – vor allem bei Akademikern: Studienzeiten von 12 Semestern sind zu lang, das Alter der Absolventen ist mit 29 Jahren viel zu hoch. Aber auch der Ausstieg aus dem Erwerbsleben wird später erfolgen. Die Große Koalition hat sich dazu durchgerungen, bis 2029 das Renteneintrittsalter schrittweise auf 67 Jahre zu erhöhen. Und das wird nicht das letzte Wort sein. Die heute 20-Jährigen werden auch bis 68 oder 69 arbeiten können – wegen der steigenden Lebenserwartung dürften sie trotzdem länger Rente beziehen als die Senioren von heute, die ihren Ruhestand im Schnitt 17 Jahre genießen.

Deutschland kann die Rentenkrise auch mildern, wenn es insgesamt die Erwerbsbeteiligung steigert. Potenzial dafür ist da: Während heute schon mehr als 70 Prozent der erwerbsfähigen Männer arbeiten, sind es bei den Frauen noch weniger als 60 Prozent.

MEHR KINDER

Nachwuchs, der in den vergangenen Jahrzehnten nicht geboren wurde, lässt sich nicht einfach wieder aufholen. Aber durch eine Steigerung der Geburtenrate kann sich der Bevölkerungsrückgang stark verlangsamen.

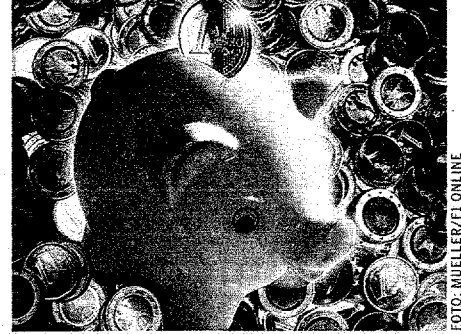
Bevölkerungspolitik ist in Deutschland ein Tabu, vor allem wegen des Nationalsozialismus. Die Entscheidung für Kinder ist heute Privatsache. Trotzdem kann die Gesellschaft signalisieren, dass Kinder erwünscht sind. Eine niedrige Geburtenrate ist nicht naturgegeben. Während in Deutschland eine Frau im Durchschnitt nur 1,36 Kinder zur Welt bringt, sind es etwa in Frankreich 1,9.

Hierzulande gilt: erst die Ausbildung, anschließend einige Jahre Berufstätigkeit und erst dann – wenn überhaupt – Kinder, um die sich dann fast nur die Mütter kümmern. Vereinbar ist Familie meist bloß mit einem Teilzeitjob, Kinderbetreuung ein Privatproblem. Für Frauen wird Nachwuchs so zur Karrierebremse. Folge: Ein Drittel der jüngeren Frauen bleibt kinderlos, von den Akademikerinnen rund 40 Prozent. Die Chancen, den Trend zu drehen, stehen aber nicht schlecht: Umfragen zeigen, dass sich die Deutschen mehr Kinder wünschen, als sie bekommen. Deshalb müssen Rahmenbedingungen verbessert werden: Vom Säugling bis zum Schulkind sollte es eine kostenlose Ganztagesbetreuung geben. Es geht aber auch um einen Mentalitätswandel. Frauen sollten die Furcht hinter sich lassen, eine Rabenmutter zu werden, Männer die Angst vor der Verantwortung überwinden.

Staat und Gesellschaft können kinderfreundlicher werden. Dann gibt es auch mehr Babys



MEHR SPAREN



Es reicht nicht, Geld ins Schwein zu stecken – es muss in der Wirtschaft arbeiten

Auf den richtigen Mix kommt es an: Dieses Motto wird zukünftig für die Altersvorsorge gelten. Bisher stammen 85 Prozent der Alterseinkommen aus dem Umlageverfahren. Künftig wird die Bedeutung des Kapitaldeckungsverfahrens (privates Sparen) steigen. Denn die einzige Möglichkeit, die Lasten der alternden Gesellschaft auf mehrere Jahrzehnte zu verteilen, ist vorzusparen. Wie die Schwankungen an der Börse zeigen, hat auch dieses Prinzip seine Risiken. Deshalb wäre es verkehrt, ausschließlich auf eine Rente aus Aktien zu setzen. Aber es gibt auch eine große Chance: Da Kapital mobil ist, können andere Länder und junge Volkswirtschaften (zum Beispiel in Indien oder China) für die Altersversorgung der Deutschen eingespart werden.

Hierzulande wird schon viel gespart, aber nicht immer von denen, die es eigentlich nötig haben. Deswegen wäre es sinnvoll, entweder die Riester-Rente oder eine Betriebsrente zur Pflicht zu machen.

Die Höhe der erforderlichen Sparrate hängt von Alter und Einkommen ab. Für Berufsanfänger reichen vier bis sechs Prozent vom Bruttoeinkommen. Für 30-Jährige sind fünf bis acht Prozent erforderlich. Wer älter als 40 ist und noch nicht vorgesorgt hat, sollte sieben bis zehn Prozent sparen. Besserverdienende müssen dabei jeweils den höheren Prozentsatz wählen. Das ist happig, aber Ökonomen haben auch eine gute Nachricht: Eine Wirtschaft, in der mehr gespart und investiert wird, wächst stärker.

Schrumpfung und Verarmung sind kein Schicksal. Wenn Deutschland an den richtigen Schrauben dreht, kann es die **ALTERSKRISE** meistern. Ein Sechs-Punkte-Plan

MEHR EINWANDERER

Deutschland ist schon ein Einwanderungsland – und als schrumpfende Nation wird die Bundesrepublik künftig noch stärker darauf angewiesen sein, dass leistungsfähige Zuwanderer kommen.

Bisher haben wir uns zu wenig darum gekümmert, wer ins Land kommt und wie die Integration verläuft. Die Zuwanderung findet heute stärker in die Sozialsysteme als in den Arbeitsmarkt statt. Anders als in klassischen Einwanderungsländern wie den USA sind die Zuwanderer in Deutschland meist schlechter qualifiziert und häufiger arbeitslos. Paradox: Diejenigen, die wir ins Land lassen, belasten die Sozialsysteme, statt sie zu entlasten. Denn für die Aufnahme von Spätaussiedlern oder den Familiennachzug aus der Türkei zählten nationale oder humanitäre Gründe. Künftig wird sich die Zuwanderung auch stärker an unseren ökonomischen Interessen orientieren müssen.

Deshalb ist eine Doppelstrategie nötig: Zum einen können die Migranten, die schon da sind, besser integriert werden – etwa durch obligatorische Deutschkurse und eine Kindergartenpflicht. Zum anderen sollte Deutschland mehr tun, um Wissenschaftler, Unternehmer und Experten aus dem Ausland anzulocken. Quizfragebögen dürften da kaum helfen.

Wenn sich die Zuwanderung um rund 100 000 auf 300 000 Ausländer jährlich erhöhte, würde die Bevölkerung bis 2050 nur von 82 auf 75 Millionen sinken – ganz ohne Zustrom aus dem Ausland würde die Zahl der Einwohner dagegen auf 59 Millionen schrumpfen.



FOTO: PAUL ECKENROTH/JOKER

Ausländer sind eine Chance – wenn sie gut ausgebildet sind

MEHR WACHSTUM

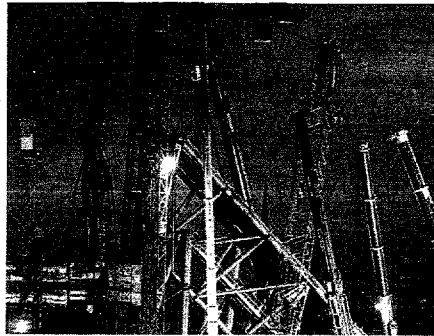


FOTO: JUERGEN LEINER/VARIO-PRESS

Um aus der Dümpe-Wirtschaft herauszukommen, braucht es Investitionen

Wie gut Deutschland mit den Problemen der Alterung fertig wird, hängt davon ab, wie produktiv die Wirtschaft im Jahr 2030 oder 2050 ist. Ein niedriges Rentenniveau ist leichter erträglich, wenn der Wohlstand hoch ist. Deswegen ist es entscheidend, ob Deutschland in Zukunft weiter zu den großen Exportnationen zählen wird.

In den vergangenen Jahren hat die deutsche Wirtschaft stagniert. Das hat auch auf das erreichbare Wachstum – Ökonomen sprechen vom Produktionspotenzial – durchgeschlagen: Es ist auf wenig mehr als ein Prozent gesunken. Mit derart niedrigem Wachstum lassen sich die Herausforderungen der Demografie kaum bewältigen. Deswegen muss der Trend wieder gedreht werden. Dass dies nicht unmöglich ist, zeigen die Beispiele der europäischen Nachbarn – etwa in Skandinavien. Der Staat muss seine Ausgaben umschichten – weg von den Unterstützungszahlungen hin zu Investitionen in Forschung und Bildung. Sozialsysteme, die sich weniger aus lohnbezogenen Beiträgen, sondern mehr aus Verbrauchssteuern finanzieren, sind wachstumsfreundlicher. Und eine alternde Gesellschaft bietet zudem Chancen zur Entwicklung der Dienstleistungsgesellschaft.

Natürlich wird es für eine Volkswirtschaft schwieriger zu wachsen, wenn die Bevölkerung schrumpft. Das ist jedoch nicht dramatisch, denn das Sozialprodukt verteilt sich ja auch auf weniger Bürger. Pro Kopf gerechnet bleiben aber Steigerungen möglich – und nötig.

MEHR BILDUNG

Wenn die Deutschen weniger werden, dann können sie es sich nicht mehr leisten, Talente ungenutzt zu lassen. Heute hat jeder zehnte Schulabgänger keinen Abschluss, jeder fünfte Jugendliche bricht seine Ausbildung ab, fast die Hälfte aller jugendlichen Arbeitslosen hat keine abgeschlossene Berufsausbildung. Diese verlorene Generation sollte aber eigentlich im Jahr 2040 die Rente für ihre Eltern erarbeiten. Dies kann nur gelingen, indem die unter 25-Jährigen qualifiziert und in den Arbeitsmarkt geholt werden. Aber auch bei den Akademikern kann sich Deutschland steigern. Nur rund 40 Prozent eines Jahrganges erwerben die allgemeine Hochschulreife – im Durchschnitt der Industrieländer sind es knapp 60 Prozent. Zudem ist die Studienanfängerquote hierzulande im Vergleich deutlich niedriger. Um im Wettbewerb um die innovativsten Produkte zu bestehen, sind vor allem mehr Ingenieure und Naturwissenschaftler nötig.

Wenn das Rentenalter schrittweise auf 67 steigen soll, müssen auch die Unternehmen mehr in die Fortbildung ihrer Mitarbeiter investieren. Sind heute Schulungen für über 55-Jährige die Ausnahme, so werden sie künftig zur Regel werden. Auch im eigenen Interesse sollten sich die Beschäftigten um lebenslanges Lernen bemühen. Wer künftig mehr als vier Jahrzehnte arbeitet, wird zwischendurch immer mal wieder die Schulbank drücken oder sogar den Beruf wechseln. Das belebt und kann folglich sogar Spaß machen.



FOTO: ULLSTEIN

Kluge Köpfe braucht das Land: Bisher studieren viel zu wenige

Was kann ich tun?

GESETZLICHE RENTE

Fangen wir mit einer sehr unangenehmen Wahrheit an: Die gesetzliche Rentenversicherung ist kein Sparvertrag. Das viele Geld, das Sie heute in die Kasse einzahlen, wird sofort wieder ausgezahlt – und zwar an die Rentner. Das nennt man Umlageverfahren. Gespart wird kein müder Euro. Seit 1957 ist die gesetzliche Rentenversicherung in Deutschland auf diese Weise organisiert.

Die Zahlen dazu: 144 Milliarden Euro haben 34 Millionen Arbeitnehmer im vergangenen Jahr in den Rententopf eingezahlt. Ausgezahlt an die 20 Millionen Rentner wurden aber 224 Milliarden Euro.

Schon heute reichen also die Einnahmen nicht mehr aus, um alle Renten zu bezahlen. Die Lücke von fast 80 Milliarden Euro (2005) wurde mit Geldern aus der Staatskasse geschlossen. Jeden dritten Euro für die aktuellen Rentenleistungen schultern die Steuerzahler.

Wer dieses System durchschaut und die Bevölkerungsentwicklung kennt, fällt nie wieder auf falsche Versprechungen („Die Rente ist sicher!“) herein. Und der versteht auch die zweite unangenehme Wahrheit: Wie hoch Ihre Rente einmal sein wird, ist nur wage kalkulierbar.

Einen Anhaltspunkt gibt der Rentenbescheid, den die meisten Arbeitnehmer inzwischen bekommen haben. Die entscheidende Zahl steht auf Seite 3. Es ist die unterste Ziffer (konservative Prognose). Sie zeigt, wie hoch Ihre Rente bei fortlaufender Beitragszahlung (ohne Rentensteigerung) einmal sein wird.

Letzter Schritt zur Wahrheit: Rechnen Sie die Inflation aus Ihrer Rente. Beispiel: 800 Euro haben nach 10 Jahren (bei 2 Prozent Inflation) eine Kaufkraft von 654 Euro. Nach 20 Jahren nur noch 534 Euro.



FOTO: THOMAS EINBERGER/ARGUM

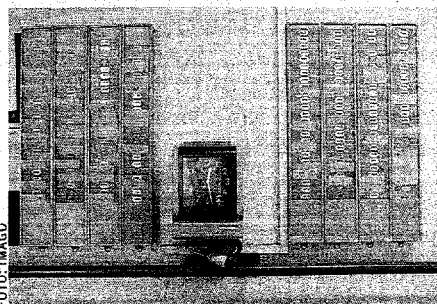
Jetzt amtlich – künftig gibt es deutlich weniger Rente

BETRIEBLICHE VORSORGE

Dieses Angebot dürfen Sie nicht ablehnen – falls Sie abhängig beschäftigt sind. Denn jeder Arbeitnehmer hat einen rechtlichen Anspruch auf betriebliche Altersvorsorge. Das bedeutet nicht, dass jedes Unternehmen eine Betriebsrente zahlen muss. Im Gegenteil: Betriebsrenten, die allein das Unternehmen für seine Mitarbeiter finanziert, sind ein Auslaufmodell – sie sind unbezahlbar geworden. Aber: Firmen sind gesetzlich verpflichtet, ihren Beschäftigten einen externen Finanzierer von Betriebsrenten zu vermitteln. Das sind Pensionskassen und -fonds sowie Unterstützungskassen. Die Vorteile: Auf Einzahlungen müssen nur geringe Steuern und Sozialabgaben gezahlt werden. Auch sind die Kosten für diese betrieblich organisierten Sparverträge niedriger als beim privaten Abschluss, die Rendite also höher.

Und so wird gespart: Meist wird ein Teil des Jahresgehaltes (etwa Urlaubs-, Weihnachtsgeld oder Sonderzahlungen) in die betriebliche Altersvorsorge „umgewandelt“. Beispiel: Ein 40-jähriger Arbeitnehmer wandelt jährlich 1500 Euro in eine Pensionskasse um. Dort wird das Geld überwiegend in Zinspapieren und zu einem geringeren Teil in Aktien angelegt. Mit 65 bekommt er garantiert 51 000 Euro ausbezahlt – konkurrenzlos! Bei einer marktüblichen Rendite werden daraus sogar mehr als 67 000 Euro – oder 300 Euro monatliche Zusatzrente.

Fragen Sie Ihren Chef, nerven Sie die Personalabteilung, gehen Sie zum Betriebsrat: Die betrieblich organisierte Altersvorsorge ist ein Muss für jeden.



Einfach, rentabel und sicher – betrieblich organisierte Vorsorge lohnt sich für jeden

FOTO: IMAGO

RIESTER-RENTE

Keine Ausreden mehr: Jeder Erwachsene, ob Arbeitnehmer, Arbeitsloser, Hausfrau oder -mann, kann und sollte einen Riester-Sparvertrag abschließen. Der Einstieg ist schon ab einer Sparsumme von fünf Euro monatlich möglich. Das schafft jeder! Freiberufler und Selbstständige können die „Rürup“-Rente (auch „Basis-Rente“ genannt) abschließen. Beide Sparformen, „Riester“ und „Rürup“, sind staatlich gefördert.

Riester-Rente gibt es in drei Varianten:

1 Riester-Fondssparen: Geeignet für alle Sparer, die jünger als 50 Jahre sind. Stiftung Warentest empfiehlt unter anderem die „UniProfiRente“ (Volks-/Raiffeisenbanken), die „DWS TopRente“ (Deutsche Bank), die „DekaBonusRente“ (Sparkassen) und die „dit-Fondsvorsorge“ (Dresdner Bank/Allianz).

2 Riester-Banksparen: Besonders geeignet für alle, die älter als 50 Jahre sind. Geboten werden sichere Zinsen zu sehr geringen Gebühren.

3 Riester-Rentenversicherung: Nur bedingt geeignet, denn auch private Rentenversicherungen können schon heute wegen der steigenden Lebenserwartung der Kunden immer weniger auszahlen.

Alle Riester-Sparverträge haben drei Vorteile: 1. Hohe staatliche Zulagen und Steuervorteile – es gibt kaum eine seriöse Geldanlage, die rentabler ist! 2. Geldzurück-Garantie: Bei jedem Riester-Vertrag werden am Ende der Laufzeit mindestens die eingezahlten Beiträge plus staatliche Zulagen ausgezahlt. 3. Hartz-IV-Schutz: Riester- und Rürup-Sparverträge müssen bei längerer Arbeitslosigkeit nicht aufgelöst werden.

Und nun die Rechnung für Riester-Fondssparen mit 20 Euro pro Monat für einen 35-jährigen Single (Jahresbrutto 30 000 Euro). Mit 65 Jahren steht ihm ein Kapital von 25 000 Euro zur Verfügung; macht eine Monatsrente von knapp 140 Euro. Hätte er ein Kind, betrüge das Kapital 30 000 Euro und seine Riester-Rente 160 Euro.



FOTO: MARC DARCHINGER

Walter Riester SPD, Ex-Sminister

Wer bis zu zehn Prozent vom Bruttoeinkommen spart, kann sich auf eine **AUSREICHENDE RENTE** freuen. Der richtige Mix macht's. Sechs Schritte zum sorglosen Ruhestand

WOHNEIGENTUM

Fragt man die Deutschen nach ihren Vorstellungen von privater Alterssicherung, nennen sie an erster Stelle Wohneigentum. Zu Recht: Denn im Alter mietfrei wohnen zu können ist nicht der einzige Vorteil einer selbst genutzten Immobilie. Schon ab dem Bau oder Kauf werden Versicherungen billiger, Kredite günstiger, der Lebensstandard höher. Und: Trotz schrumpfender Bevölkerung bleiben gut gelegene, gepflegte Wohnimmobilien in wirtschaftlichen Ballungsräumen mit guter Infrastruktur auch in den kommenden Jahrzehnten wertstabil – sogar, wenn die Volkswirtschaft weiterhin vor sich hin dümpeln sollte.

Das Risiko einer Fehlinvestition ist allerdings gestiegen: „Traumhäuser“ auf der grünen Wiese oder Neu-Siedlungsreihen Häuser weit draußen haben schon heute – je nach Region – deutlich an Wert verloren. So dürften Verkäufer in Teilen Sachsen-Anhalts, in Thüringen und in Vorpommern, aber auch im Ruhrgebiet, im Saarland und in Bremen innerhalb der vergangenen zehn Jahre oft ein Minusgeschäft gemacht haben. Im selben Zeitraum verzeichneten Immobilien in den Großräumen München, Stuttgart, Rhein-Main sowie im Rheinland und in Hamburg deutliche Wertzuwächse.

Die Finanzierung: Der Zins für Hypothekendarlehen mit zehnjähriger Zinsbindung beträgt derzeit rund vier Prozent. Statt eine Miete von beispielsweise 750 Euro zu zahlen, lässt sich mit derselben Summe ein Immobilienkredit von rund 180 000 Euro stemmen und jährlich um ein Prozent tilgen – ganz ohne Eigenheimzulage.



Kaufen statt mieten – eine eigene Immobilie schützt vor Altersarmut

FOTO: MICHAEL KLEIN/VSUM

LEBENSVERSICHERUNG

Viele Jahre ein bisschen einzahlen und mit 60 oder 65 Jahren ein kleines Vermögen kassieren – die kapitalbildende Lebensversicherung ist bislang die wichtigste private Altersvorsorge der Deutschen. Mehr als 90 Millionen Verträge sind abgeschlossen. Obwohl die Verzinsung in den vergangenen Jahren gesunken ist, sind Lebensversicherungen nach wie vor für viele Verbraucher sinnvoll. Denn die ausgezahlte Summe aus eigenen Einzahlungen, garantierten und erwirtschafteten Zinsen ist bei Verträgen, die vor Januar 2004 geschlossen wurden,



FOTO: AKKERMANN/PHOTOTHEK

steuerfrei. Bei Policen, die ab 2005 unterschrieben wurden, verlangt der Fiskus lediglich von der Hälfte der Erträge einen Anteil. Daher kann auch heute eine Lebensversicherung geeignet sein, besonders wenn damit zugleich Angehörige und/oder größere Kredite abgesichert werden sollen – im Idealfall für die eigene Immobilie. Zu den empfehlenswertesten Anbietern zählen laut Analysten die Allianz, Debeka, HUK-Coburg, Cosmos und die R+V.

Bislang ging seit Kriegsende nur eine deutsche Lebensversicherung Pleite. Die Kunden wurden jedoch von einem Sicherungsunternehmen der Branche (Protector) aufgefangen.

Weit mehr Vorsicht ist bei privaten Rentenversicherungen geboten: Sie sind für Frauen besonders unattraktiv, da sie ihre hohe Lebenserwartung nur durch höhere Einzahlungen oder niedrigere Auszahlungen ausgleichen können. Daher gilt: Besser eine Kapitallebensversicherung abschließen. Die lässt sich nach der Auszahlung im Alter von 60 oder 65 Jahren dann immer noch in eine Monatsrente umwandeln – in Eigenregie oder von einer Versicherung.

WERTPAPIERE

Sie haben eine betriebliche Altersvorsorge? Und auch einen Riester-Vertrag abgeschlossen? Dann kommen wir jetzt zum Luxus-Baustein für Ihre Rente: das Wertpapiersparen – möglich ab 25 Euro monatlich.

Die Wertpapier-Branche bietet dafür so genannte AS-Fonds an. Das Kürzel „AS“ steht für Altersvorsorge-Sondervermögen. Im Unterschied zu Riester-Sparen und Lebensversicherung gibt es hier zwar keine Steuervorteile und auch keine Garantie gegen Verluste. Dafür sind die Renditechancen deutlich größer. Denn AS-Fonds legen die Sparbeiträge sowohl in internationale Aktien als auch in festverzinsliche Wertpapiere aus dem Euro-Raum und in Immobilienfonds an.

Mit steigendem Alter des AS-Sparers wird die Gewichtung neu justiert: In jungen Jahren wird auf renditestarke, aber risikoreichere Aktien gesetzt, im Alter auf sichere Zinspapiere und Immobilien umgeschwenkt. Die altersgerechte Anpassung erledigen die Fondsmanager – und das zu vergleichsweise moderaten Gebühren.

Die Rechnung: Wer monatlich 50 Euro spart, kommt nach zehn Jahren auf einen Betrag von 8210 Euro, gerechnet mit einer Jahresdurchschnittsrendite von sieben Prozent – Kaufgebühren und laufende Kosten sind dabei berücksichtigt. Nach 20 Jahren haben sich auf dem Fondskonto 24 361 Euro angesammelt.

Fast jede Bank oder Sparkasse hat AS-Fonds in ihrem Angebot, doch Interessenten müssen am Bankschalter meist gezielt danach fragen.

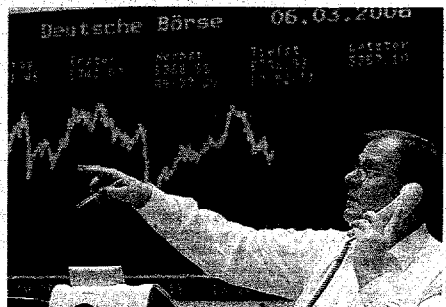


FOTO: WERNER BAUM/DPA

Weltweit Chancen nutzen – langfristig bringen Aktien die höchsten Renditen



stern-Autor
Wolfgang Röhl

No kidding!

Warum wir kinderlosen Steuerma Locher keinen Grund haben, uns bei der **ERZEUGERGEMEINSCHAFT** zu entschuldigen und den Schwanz einzuziehen

Soweit ich weiß, habe ich keine Kinder. Jedenfalls schwärmt mir niemand von den süßen Jungs von Tokio Hotel vor oder leiert mir Geld für unförmige Klamotten und stumpfsinniges Rapgebrabbel aus dem Kreuz. Ich muss auch nicht über den Stand idiotischer Vorabendserien à jour sein. Darüber bin ich nicht traurig. Mein Interesse an den Angelegenheiten kleiner Menschen hält sich in Grenzen.

Nie, nicht eine Minute lang, wollte ich selbst Kinder haben. Und nicht eine Minute habe ich das bereut. Nein, es würde mir mitnichten Spaß machen, mit Kindern lustige Spiele zu spielen oder ihnen aus „Der kleine Prinz“ vorzulesen. Ich mag auch nicht recht glauben, dass es mich innerlich bereichern würde, die Welt durch die Augen einer Vierjährigen zu betrachten. Sind-so-kleine-Hände, nein danke.

Bettina Wegner und Herman van Veen haben bei mir Hausverbot.

Weshalb ich das schreibe? Gute Frage. Ob einer Kinder hat oder nicht, sollte seine Privatsache sein. Ist sie aber nicht. In den Worthülsenfabriken der Politik, den intellektuellen Legebatterien der Unis und den Debatte-kulturstübchen der Gazetten haben sie das Fass mit dem Kinder-mangel aufgemacht, der unserer angeblich moribunden Egoistengesellschaft den Fangstoß zu versetzen droht. Aus dem Fass sprudelt ein bräunlicher Raum-ohne-Volk-Cocktail aus Schreckensszenarien, Blut-und-Boden-Ge-raune und wüstem Gekeif gegen reproduktionsunwillige Volksschädlinge wie mich.

Kinderlose stehen auf der Shit-Liste der Erzeugergemeinschaft traditionell ganz oben. Aber seit eine Familienministerin durch den deutschen Blätterwald stolziert, als würden noch Mutterkreuze vergeben, seither scheinen sich die Ressentiments noch verstärkt zu haben. Kinderlose, schallt es vom Familienstammtisch, sollen zahlen, bis die Schwarte kracht! Man schlägt vor, ihre Renten zu halbieren oder sie bei der Jobvergabe gegenüber Eltern zu diskriminieren. Kindermacher, vorrücken an die deutsche Arbeitsfront! Auf den Dreh hätte auch der Volksgemeinschaftsführer Robert Ley („Kraft durch Freude“) kommen können. Die Firmen werden sich freuen.

Die bizarrste Tirade kam von einem so genannten Ökonomen, der findet, Kinderlose hätten nie in die Rentenversicherung aufgenommen werden dürfen. Oh, wie gern wäre ich der ferngeblieben! Hätte ich mein dort eingezahl-

tes Geld privat anlegen dürfen, würde ich dreimal so viel herauskriegen wie bei der Mickerrente, die mich erwartet.

Damit sich Kinderlose gegen die Abzocker nicht wirksam wehren können, fordern vor allem CDU-Politiker ein „Familienwahlrecht“ – Eltern sollen für ihre Kids stimmen. Selbstredend zugunsten von Parteien, die den Familien mehr Staatsknete zuschaufeln. Haustiere sollen aber nicht wahlberechtigt sein. Dann lägen ja die Kinderlosen vorn.

POPULISTISCHEN STUSS zu verzapfen ist das Brotgeschäft der Volksparteien. Mit Klientenpuscheln gewinnt man Wahlen, und Familien stellen die größte Klientel. Schaurig

aber, wenn Leute den Untergang Germaniens an die Wand malen, denen man einen Rest an Verstand zutraute. Da hat der „FAZ“-Schön-

geist Frank Schirrmacher ein etwas schwieliges Büchlein verfertigt, das dem „Spiegel“-Kulturchef Matthias Matussek unheimlich gut gefällt, weil es darin von Werteverfall und kinderloser Gesellschaft und Liebesverlust und dem ganzen neukonservativen Bohei nur so rauscht. Prompt stimmen die Triumphatoren des Zeugungswillens (jeweils ein Kind) eine Jeremiade über die angebliche „Atomisierung der Gesellschaft“ an. Schuld sei der Umstand, dass es hierzulande an Frauen mangle, welche – „Spiegel“-O-Ton aus dem Jahre des Herrn 2006 – „die Gabe der Selbstlosigkeit und Aufopferungsfähigkeit“ aufwies.

Dieses Gartenläubchen wird alsdann zur mollgestimmten Titelgeschichte „Jeder für sich“ aufgeblasen, mit einem muckschen Bübchen als Coverboy. Der Besinnungsaufsatz singt das Hohelied des archaischen Clanwesens, da doch – wieder O-Ton – „das Stammhirn sagt: Blut ist dicker als Wasser“ und „Rette deine eigenen Leute“ (konnte man in Ruanda und anderswo immer mal wieder beobachten). Einzig der versippte Mensch sei in der Lage, Krisenzeiten zu überstehen, wollen uns die beiden Wertepfeger (bekannt als Heroen der häuslichen Harmonie) suggerieren. Wer nach Lektüre ihrer völkischen Wuchsvorlage nicht die nächstbeste Gebärfähige bespringt, dem gehören die nutzlosen Klöten gekappt.

Das Schöne am schaumigen Feuilleton-Trash ist, dass er gleich beim ersten Realitätscheck zusammenfällt. Was die Ritter von der Schwafelrunde geißeln – die böse Ellbogen-gesellschaft, die hundsgemeine Egokultur, die bibberkalte Entfremdung – steht ja im kruden Gegensatz zu Unter- →



suchungen, die Deutschland im Großen und Ganzen stabile soziale Netzwerke, hohes ehrenamtliches Engagement der Bürger und reichlich Zulauf zu Vereinen und Szenen bescheinigen.

Die zweite Mär lautet, sämtliche Systeme würden kollabieren, würde nicht auf Teufel komm raus gezeugt und zugewandert. Wo, bitte, sollen denn die Arbeitsplätze für die ersehnten Menschenscharen herkommen? Wir haben fünf Millionen Arbeitslose, dazu ein Heer von Pseudobeschäftigten. Zu einem großen Teil Menschen, deren Lohnarbeitsleistung durch die Globalisierung überflüssig wurde. Jobs, die für sie infrage kämen, wandern im Zeitraffertempo ins Ausland.

WOVON SOLLEN diese Menschen leben, wenn nicht von den Transferleistungen anderer? Wenn ich auf dem Parkplatz eines Supermarktes stehe und beobachte, was da so aus den Familienkutschen quillt, um sich für den RTL-2-Nachmittag mit Chips und Cola einzudecken, dicke Muttis mit „halslosen Ungeheuern“ wie aus dem Kinoklassiker „Die Katze auf dem heißen Blechdach“, dann ahne ich: Die werden meine Rente nicht bezahlen. Eher ich deren Stütze.

Der ewige, dumme Vorwurf lautet ja, wir, die Kindlosen, lebten auf Kosten der Kinderkrieger. Die Zeitschrift „Emma“ hat das mal am Beispiel von Normalverdienern aufgedrösel. Jeder, der einen Taschenrechner zu bedienen weiß, kann mit „Emma“ nachrechnen, dass Kinderlose und Singles zusätzlich zu ihren Steuern und Abgaben noch einmal fast die gleiche Summe in die Gemeinschaftstöpfe tun müssen, die Eltern für ihre Kinder bis zu deren 18. Lebensjahr ausgeben.

Für meine Frau und mich fällt die Rechnung noch ungünstiger aus. Da wir keine Kinder haben,

konnten wir uns immer auf Erwerbsarbeit konzentrieren. Auf unsere überdurchschnittlichen Einkommen zahlen wir seit vielen Jahren horrende Steuern, mit denen auch Institutionen wie Kitas, Schulen, Universitäten, Jugendzentren oder Drogenberatungsstellen alimentiert werden, die wir gar nicht in Anspruch nehmen. Das bereits versteuerte Geld geben wir nicht zu knapp aus, was dem Finanzamt nochmals Steuern einbringt. Auszeiten wie Baby-pausen, während derer andere die Sozialbeiträge schwänzen, aber weiterhin versichert sind, nehmen wir nicht. Keiner von uns hat je staatlich subventionierten Wohnraum beansprucht. Jeder von uns zahlt einen happigen Krankenversicherungsbeitrag, obwohl wir – im Gegensatz zu so manchem Clan – nicht kohortenweise Doktorhopping betreiben. Klar, dass wir – Neidhammel aufgepasst! – ein paar Euro in Anlagen gebunkert haben. Die Zinsen werden automatisch versteuert. Wieder frisches Geld für den Staat, der es – unter anderem – an Familien verteilt. Was unterm Strich bleibt, soll uns davor bewahren, jemals in der staatlichen Hängematte zu landen. Paar Fakten gefällig? Die obere Hälfte der Steuerpflichtigen bringt 90 Prozent der Steuereinnahmen auf, während die untere Hälfte weniger als zehn Prozent beiträgt.

Bitte, es ist nicht so, dass uns angesichts des Melkens das Sushi im Hals kleben bliebe. Ein bisschen Umverteilung ist okay, sie macht das Klima entspannter. Aber dafür auch noch angegiftet zu werden von Leuten, die nicht rechnen können oder wollen – das finden wir unschön. Es müssen ja nicht gleich Blumen sein. Aber ab und zu ein gutes Wort in unsere Richtung ... oder vielleicht mal Rasen mähen ... denken Sie dran, wenn das nächste Kindergeld kommt? ★

MITARBEIT: KERSTIN SCHNEIDER

Ein
bräunlicher
Kinderlosen-
Cocktail wird
angerührt



DER MASSSTAB FÜR
PRÄZISION UND ELEGANZ.
AUF UND NEBEN DEM PLATZ.



MAURICE LACROIX

Switzerland

Tomorrow's Classics

Kinder für zehn Euro

Der Staat steckt Milliarden in das Einkommen von Eltern statt in den Nachwuchs. Dabei könnten alle Kitas kostenlos sein – gäbe es nur etwas weniger Kindergeld

DER WÖCHENTLICHE ZWISCHENRUF AUS BERLIN VON HANS-ULRICH JÖRGES

Es ist das alte Elend des Sozialstaats. Er hat nicht zu wenig Geld, er verteilt es bloß falsch. Er meint das Gute, aber er bewirkt das Falsche. Er hilft nicht denen, die ihn brauchen, sondern er lädt andere dazu ein, sich zu bereichern. Wäre das nicht so, gäbe es ihn gar nicht. Abgreifen, zulangen, mitnehmen – das garantiert politische Mehrheiten für diesen Sozialstaat, der längst gescheitert ist, aber seine Verkommenheit zäh verteidigt. Das ist beim aktuellen Thema nicht anders: Der Sozialstaat investiert nicht in Kinder, sondern in Eltern. Er pampert sein Liebstes: privates Einkommen, nicht das Notwendige: Betreuung, Erziehung, Bildung. Deshalb vergeudet er Milliarden, ohne zu bekommen, was er will: Kinder. Deshalb bräuchte er kein frisches Geld, sondern die Konzentration des vorhandenen – alles zusammengerechnet runde 150 Milliarden Euro(!). Deshalb gehören nicht neue Gießkannen in den verwachsenen Garten der Familienpolitik, sondern Harke und Säge. Für eine Rundumsanierung.

Bevor ein weiteres Mal Steuern verschwendet werden. Für ein Elterngeld, das die Große Koalition auf der Agenda hat und manche im ideologischen Schrein. Wenn ein berufstätiger Elternteil zu Hause bleibt, soll er im ersten Lebensjahr eines Kindes 67 Prozent des Nettoeinkommens, maximal 1800 Euro im Monat, erhalten. Geht es nach den Konservativen in CDU und CSU, werden sogar Alleinverdiener-Ehen alimentiert – der Partner, der gar nicht arbeitet. Damit die ideale Familie keinen ideellen Schaden nimmt. Abgreifen, zulangen, mitnehmen. Sozialstaats-Elend ohne Ende. Und kein Ende des Kinder-Elends.

Denn schon die Idee ist falsch: Babypause. Junge Frauen, und die sind in der Regel gemeint, können kein Interesse daran haben, im Beruf zu pausieren oder gar den Job ganz zu riskieren. Wer Kinder fördern will, muss jungen Müttern gerade umgekehrt erlauben, möglichst bruchlos im Beruf zu bleiben. Er muss also ins Kind, in dessen umfassende Betreuung investieren statt ins Einkommen der Eltern. Darauf aber ist bislang alles ausgerichtet: Mutterschaftsgeld, Erziehungsgeld, Kindergeld, steuerliche Absetzbarkeit von Betreuungskosten – insgesamt 145 Instrumente und demnächst das Elterngeld. Das Einkommen der Eltern indes ist nicht der entscheidende Faktor. Wäre es das, hätten nicht Familien mit geringem Einkommen mehr Kinder als solche mit hohem. Wer Doppelverdiener zu Kindern ermutigen

möchte, darf junge Frauen nicht nach Hause drängen – er muss Kinder und Karriere vereinbar machen. Er muss befreien, statt goldene Fesseln anzulegen. Indem er die Ganztagsbetreuung der Kinder organisiert: in Krippen, Kindergärten und Horten.

Dort aber grinst das wahre Elend. Für 1000 Kinder unter drei Jahren wurden in Deutschland Ende 2002 – jüngere Daten gibt es nicht – erbärmliche 77 Ganztagskrippenplätze angeboten. Für 1000 Kinder von drei bis sechs Jahren 327 Ganztagskindergartenplätze. Wobei die Statistik noch durch die hohe Deckung

in Ostdeutschland geschönt wird – ein positives Erbe der DDR. Im wohlhabenden Baden-Württemberg kommen auf 1000 Kinder nicht mehr als 13 Krippen- und 74 Kita-Plätze. Vom nachfolgenden Elend – vergammelten Schulen, verarmten Universitäten – gar nicht zu reden.

Geld für Kinder wird privatisiert, für den Lebensunterhalt verbraten, statt es öffentlich einzusetzen. Und was der Staat mit der einen Hand gibt, nimmt er mit der anderen wieder. Seit 1999 gibt es einen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz ab drei Jahren. Aber der kommt die Eltern oft teuer zu stehen. Im Saarland und in Rheinland-Pfalz ist immerhin das dritte Kindergartenjahr gebührenfrei, woanders wird kühl kassiert. Im rot-rot regierten Berlin, pleite bis ins zehnte Glied, ab 81 000 Euro Bruttojahreseinkommen einer Familie 428 Euro im Monat für den Ganztagsplatz im Kindergarten. Rot-rot meint hier schamrot.

Es geht ja längst nicht nur um Geburtenförderung oder Verwahrung. Frühkindliche Bildung und Erziehung, vom Staat verlässlich und flächendeckend organisiert, ist *das* Instrument schlechthin gegen Pisa-Katastrophen, soziale Verwahrlosung in den Städten und sprach- wie chancenlose Ausländerkinder. Sie ist das Fundament einer hochentwickelten Gesellschaft, die von nichts anderem lebt als von Wissen.

Eine solche Gesellschaft braucht eigentlich Vorschulpflicht – für alle Kinder. Um deren geistiges Potenzial früh zu erschließen und zu fördern. Das kostet viel Geld, aber die Umverteilung von vorhandenem wäre ja schon mal ein erster Schritt. Je 154 Euro Kindergeld verteilt der Staat heute für die ersten drei Kinder, 179 Euro monatlich für jedes weitere. Kürzte er das Kindergeld nur um zehn Euro und gäbe es den Gemeinden, wären die Kindergärten mit einem Schlag gebührenfrei. Das könnte der Beginn einer Generalrevision sein. Aber dann zahlen die Armen für die Armen, schreien Kritiker. Falsch: Dann investiert das Land in seine Kinder – und seine Frauen. ✘



Schon die Idee des Elterngeldes ist falsch: Babypause. Junge Frauen können kein Interesse daran haben, den Job zu riskieren